

Dr. Josef Unterweger

A-1080 Wien
Buchfeldgasse 19a
T +43 1 405 42 67
F +43 1 405 04 62
E office@unterweger.co.at
www.unterweger.co.at

An
Magistrat der Stadt Wien
MA 48
Einsiedlergasse 2
1050 Wien

Wien, am 25. Juli 2012
Flötz/12 / u/s / 3A

WR.AWP&AVP2013-2018

Einschreiter: Bürgerinitiative Flötzersteig
Liebhartstalstrasse 31, 1160 Wien

vertreten durch: Dr. Josef Unterweger
Rechtsanwalt
Buchfeldgasse 19a
1080 Wien
Code R110419
Bank Austria AG
Konto 09624192200, BLZ 12000
Vollmacht erteilt

wegen: **WIENER ABFALLWIRTSCHAFTSPLAN UND
ABFALLVERMEIDUNGSPROGRAMM**

STELLUNGNAHME

ZUM

WIENER ABFALLWIRTSCHAFTSPLAN UND ABFALLVERMEIDUNGSPROGRAMM 2013-2018

1-fach
1 Beilage

Die Bürgerinitiative Flötzersteig erhebt innerhalb offener Frist zu den Entwürfen des Wiener Abfallwirtschaftsplans und des Abfallvermeidungsprogramms 2013 bis 2018, sowie des Umweltberichts die

STELLUNGNAHME

Grundsätzlich wird begrüßt, dass eine strategische Umweltprüfung durchgeführt wurde und dass Abfallwirtschaftsplan und Abfallvermeidungsprogramme erstellt und einer öffentlichen Diskussion unterzogen werden.

Der angestrebte Ausbau der Biogasanlage wird ebenso ausdrücklich begrüßt wie die Forderung der Durchführung einer UVP für den Standort Deponie Rautenweg.

Die Bürgerinitiative Flötzersteig regt eine intensivere Einbeziehung der NGOs in den Planungsprozess, sowie insbesondere eine ambitioniertere Vorgehensweise im Bereich der Abfallvermeidung und der Abfallbehandlung an. Der Ausstieg aus der Müllverbrennung wird gefordert.

I ALLGEMEINES

1. Die Bürgerinitiative Flötzersteig erhebt ihre Ausführungen wie in der beiliegenden Stellungnahme Beilage ./1 ausgeführt zum Inhalt ihres Vorbringens und ihrer Forderungen.
2. Alternative Methoden in der Abfallwirtschaft prüfen
Die Prüfung alternativer Methoden der Abfallwirtschaft wurde nicht unternommen. Dabei wäre insbesondere das biologisch-mechanische Verfahren, die Vergärung des Klärschlammes zur Phosphorgewinnung und das Kryo-Recycling als Alternativen zur Verbrennungstechnologie zu berücksichtigen.
3. Gesundheitliche Aspekte unvollständig berücksichtigt
Bei der Abwägung gesundheitlicher Folgen dabei, abfallwirtschaftlichen Maßnahmen und Programme wurden Ergebnisse toxikologische Untersuchungen nicht berücksichtigt und eigene Untersuchungen nicht angestellt. Es wurden nur Emissionsauswirkungen auf Luft und Wasser „abgeschätzt“. Solche Abschätzungen ohne Datengrundlage können keine Entscheidungsgrundlage bilden. Hier ist eine Ergänzung der Datenlage unumgänglich.

Es ist löblich, dass die Auswirkungen auf biologische Vielfalt Flora-Fauna und natürliche Lebensräume „so gering wie möglich“ gehalten werden sollen. Daten und Methoden dafür müssen aber angegeben werden.

4. Festlegung von Recycling-Zielen – schrittweise Annäherung an das Recycling-Ziel von 80 % der Abfälle

5. Vermeidung korruptionsgefährdeter Großprojekte

Der Markt für Müllverbrennungsanlagen ist von einer Hand voll Unternehmen dominiert, die um den engen Markt kämpfen. Bestechung als Maßnahme zur Auftragsbeschaffung wurde diesen Unternehmen auf dem deutschen Markt nachgewiesen (siehe: DIE ZEIT 29/2003: Korruption von A bis W, DIE ZEIT 48/2003: Korruption – der Beifang, DIE ZEIT 13/2004: Gesamtdeutscher Schmutzhandel)

Bei Müllverbrennungsanlagen erfolgt nicht selten eine unerwartete Kostensteigerungen (Die Presse 16.10.2004: Wien: neuer Müllofen verheizt Millionen).

6. Müllverbrennungsanlagen verunmöglichen Abfallvermeidung

Die Müllverbrennungsanlage benötigt Brennstoff – also Abfall. Müllverbrennung schafft Nachfrage nach Abfall. Der Markt für brennbaren Abfall ist knapp. „Damit alle Anlagen ausgelastet sind, fehlen 200.000 Tonnen Müll jährlich.“ (Rüdiger Maresch in die Presse 16.10.2004).

7. Müllverbrennungsanlagen verlagern Müllproblematik in die (Atem-)luft

Bei allen chemischen Reaktionen bleibt die Gesamtmasse der beteiligten Stoffe unverändert. Das gilt auch für die Müllverbrennung.

Der Abfall wird dabei in toxische Feststoffe und Luftschadstoffe umgewandelt.

8. Feinstaubproblematik nicht beachtet.

Müllverbrennungsanlagen schaffen lungengängige Feinstäube, die von keinem noch so guten Filter zurückgehalten werden können. Die Mortalität infolge der Verbreitung der lungengängigen Feinstäube durch die Müllverbrennungsanlage ist zu beachten.

9. Daten für Müllimport fehlen

Beim Ist-Zustand ist anzugeben, ob die vorhandenen Müllverbrennungsanlagen ausgelastet sind. Wenn dies der Fall ist, ist anzugeben, woher der verbrannte Müll stammt. Die Daten hinsichtlich der importierten Müllmenge sind vorzulegen und zwar hinsichtlich Menge, Art, und jahreszeitlicher Verteilung.

10. Recycling-Ziele erhöhen

Bis zu 80% der Abfälle sind recyclebar. Dieses Ziel ist schrittweise anzustreben.

11. PVC ist ein Umweltgift

Die Beschaffung der Stadt Wien, aber auch die Beschaffung der Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, hat PVC-frei zu erfolgen.

12. Bauabfälle beachten

Bauschutt und Bauabfälle stellen einen großen Anteil des anfallenden Abfalls dar. Die Bauordnung ist dahin zu ändern, dass die Verwendung von recyclebaren Rohstoffen vorgeschrieben wird und ein schrittweise erhöhter Anteil an bereits recycelten Baustoffen verwendet werden muss. Die zu verwenden Materialien sind recyclebar auszulegen, die Verwendung von PVC ist zu untersagen.

13. Garagierungsordnung

Die Garagierungsordnung der Stadt Wien schreibt die zwingende Schaffung von Stellplätzen für Autos bei der Schaffung von Wohnraum vor. Dies schafft Nachfrage nach Kraftfahrzeugen. Die Herstellung und Entsorgung von Kraftfahrzeugen führt zu hohem Ressourcenverbrauch, der Schaffung eines hohen Abfallsvolumens bei der Herstellung, Verwendung und Entsorgung, sowie bei der Schaffung von Verkehrs- und Abstellflächen. Dieses Anreizsystem ist zu beenden.

14. Die Folgekosten der Müllverbrennung sind zu erheben und festzustellen.

15. Das biologisch-mechanische Verfahren beachten

In der Deponieverordnung ist das biologisch-mechanische Verfahren als gleichwertige Alternative festgestellt. Die vorliegenden Planungen berücksichtigen dies aber nicht. Gründe dafür können nicht angegeben werden. Datenmaterial fehlt.

Dies ist umso verwunderlicher, weil die Stadt Wien die Kompostierung des Grünabfalls – also das aerobe Verfahren, sowie die Vergärung der Speiseabfälle – an aerobes Verfahren – durchführt. Beides sind Schritte in die richtige Richtung. Diese Vorgangsweise ist zu verstärken und auszubauen.

16. Kryo-Recycling beachten

Das Kryo-Recycling ermöglicht eine Wieder- und Weiterverarbeitung von Kunststoffen. Dieser Methode ist der Vorzug zur Verbrennung zu geben.

17. Anaerobe Behandlung des Klärschlammes statt Verbrennung

Die Vergärung des Klärschlammes bleibt als Behandlungstechnik unbeachtet. Dabei bleibt auch unbeachtet, dass die Energiegewinnung aus Faulgas für Kläranlagen immer mehr an Bedeutung gewinnt (siehe Umweltjournal Mai 2012).

Darüber hinaus kann der im Klärschlamm enthaltene Phosphor auf diese Weise gewonnen werden.

Der angestrebte Ausbau der Biogasanlage wird ausdrücklich begrüßt.

18. Deponie Rautenweg

Der Ausbau der Deponie Rautenweg auf eine Höhe von 75m ist nicht notwendig. Stattdessen sollte das biologisch-mechanische Verfahren gewählt werden, das eine wesentliche Entlastung der Deponien qualitativer und quantitativer Hinsicht bringt.

19. Deponie Rautenweg – Rückstände sind nicht inerte

Filterstäube, Filterschlacke und Filterasche aus den Müllverbrennungsanlagen Wiens wird mit Zement vermischt auf der Deponie Rautenweg abgelagert. Die Zersetzung und der Zerfall des Schlackenbetons werden diese Schadstoffe freisetzen.

Es fehlen experimentelle Untersuchungen über die Beständigkeit und den Zerfall des Schlackenbetons, es fehlen Daten über die chemischen und physikalischen Zustände der Deponie selbst. Damit sind aber Aussagen darüber, ob der Schlackenbeton inerte ist oder nicht schon Schadstoffe freigibt – unmöglich. Diese Daten sind zu erheben.

Die Forderung der Durchführung einer UVP für diesen Standort wird ausdrücklich begrüßt.

20. Filterasche für Häuselbauer?

Filteraschen aus den Müllverbrennungsanlagen sollen als „Zuschlagstoff“ in der Zementindustrie verwendet werden (AVP, AWP, Umweltbericht S. 149).

Es sei ausdrücklich davor gewarnt, Filtrückstände aus der Müllverbrennungsanlage weiträumig zu verbreiten. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Filteraschen unter völlig unkontrollierten Bedingungen und Umständen eingesetzt werden, sodass es zu unerwarteten Reaktionen und Freisetzungen kommen kann.

21. Auch Müllverbrennungsanlagen können Altlasten sein

Der Plan fordert, dass Müllverbrennungsanlagen und Verbrennungsrückstände nicht dem Altlastensanierungskonzept unterliegen sollen. Das ist abzulehnen. Auch Müllverbrennungsanlagen und deren Rückstände können Altlasten darstellen und sollten daher wie Altlasten behandelt werden.

Hinsichtlich der Altlastensanierungsbeiträge ist darauf zu achten, dass diese erhöht

werden. Dies ist deshalb notwendig, weil zu befürchten ist, dass die Anzahl der erkannten Sanierungsfälle in Zukunft deutlich höher liegt als bisher. Es wird darauf hingewiesen, dass Daten zu diesen Fragen nicht vorgelegt wurden.

22. Mülltourismus vermeiden

Der Plan sieht die Übernahme von Rest- und Sperrmüll, sowie biogener Anfälle aus dem Wiener Umland vor. Der Plan weist damit nach, dass nicht ausreichend Müll zur Auslastung der drei Wiener Müllverbrennungsanlagen innerhalb des Landes Wien vorhanden ist.

Die geeignete Maßnahme ist die Einstellung der Müllverbrennung und die Einstellung des Müll.

23. Mehr statt weniger Biotonnen

Die Anzahl der Biotonnen wurde in den letzten Jahren stark dezimiert. Die Anforderung einer Biotonne für das Haus wurde dem Hauseigentümer überlassen. Damit wurde erreicht, dass die Anzahl der Biotonnen vermindert wurde. Mieter, die Müll trennen wollen, müssen Zusatzwege auf sich nehmen. Die Stadt Wien hat damit ein falsches Anreizsystem gewählt. Anstatt Mülltrennung zu fördern und jene zu belohnen, die dies tun wollen, werden diese gestraft.

24. Kunststoffsammlung

Die Kunststoffsammlung ist auf sämtliche Kunststoffe auszudehnen. Die ausschließliche Sammlung von PET-Flaschen ist unzureichend.

25. Glascontainer

Die Anzahl der Glascontainer wurde drastisch reduziert. Auch hier wurde ein falsches Anreizsystem gesetzt. Die Anzahl der Stellplätze für Glascontainer ist zu vergrößern.

Mehrweggebinde weisen gegenüber Einweggebinden deutliche ökologische Vorteile auf. Das betrifft vor allem, aber nicht nur, Flaschen. Die Verwendung von Mehrweggebinden ist zu erleichtern. Die Rückgabe von Glasgebinden ist zu fördern.

26. Ergebnis der SUP 2001 umsetzen

Ein Ergebnis der SUP 2001 war „die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig soll als Müllverbrennungsanlage stillgelegt und als MVA-Standort aufgegeben werden“. Dies ist umsetzen.

II FORDERUNGEN

1. Ausstieg aus der Müllverbrennung als Ziel
2. Schließung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig als der problematischsten Müllverbrennungsanlage binnen eines Jahres
3. Einrichtung von Kreislaufwirtschaft und Wiederverwertung in allen Bereichen der Verwaltung der Stadt und des Landes Wien.
4. Förderung von Unternehmen der Kreislaufwirtschaft und Wiederverwertung, wie etwa des „Reparaturnetzwerk“.
5. Festlegung von Recycling-Zielen – schrittweise Annäherung an das Recycling-Ziel von 80 % der Abfälle
6. Verbot von Einweggebinden, Plastikflaschen und Plastiksackerln
7. Schaffung von (Entsorgungs-) Abgaben für Einweggebinden, Plastikflaschen und Plastiksackerln als allfällige Alternative zu einem Verbot
8. Schaffung von Rücknahmeverpflichtungen für Einweggebinde, Plastikflaschen und Plastiksackerln
9. Schaffung von Pfandsystemen für Einweggebinde, Plastikflaschen und Plastiksackerln
10. Verbot der Abgabe von Speisen mit der Zugabe von Spielzeug an Kinder wie dies von den Städten New York und San Francisco durchgeführt wird
11. Verbot der Abgabe von Speisen und Getränken in nicht biologisch abbaubaren Einweggebinden
12. Übernahme der Vorreiterrolle im Bereich der Abfallvermeidung, auch dort, wo keine Landeskompetenz gegeben ist etwa durch Informationsveranstaltungen, Symposien, Einbindung in die Agenda 21
13. Prüfung und Einführung alternativer Methoden der Abfallwirtschaft, insbesondere des biologisch-mechanischen Verfahrens, des Kryo-Recyclings, sowie der Anaerobe Behandlung des Klärschlammes.

14. PVC-frei: Beschaffung ausschließlich PVC-freier Materialien
Sowohl für die Stadt Wien, wie auch bei Unternehmungen, an denen Stadt oder Land Wien beteiligt ist, dies betrifft insbesondere den Flughafen Wien, sowie die Wiener Spitäler.
15. Änderung der Wiener Bauordnung
im Sinne einer Vorschreibung der Verwendung von recyclebaren Baustoffen, sowie eines steigenden Anteils an bereits recycelten Baustoffen, Verbot der Verwendung von Materialien mit PVC-Anteil.
16. Müllvermeidung durch Vermeidung des motorisierten Individualverkehrs
17. Müllvermeidung durch Beschaffung regionaler Produkte und Dienstleistungen durch das Land Wien
18. Müllvermeidung durch Stärkung lokaler Lebensmittelbeschaffung
etwa
durch Stärkung lokaler Märkte, wie etwa Volkert-, Hannover-, Karmeliter-, Brunnen-, Viktor-Adler-Markt
durch Neuansiedlung solcher Märkte in Neubaugebieten, etwa Leberberg, Aspern uä.
19. Müllvermeidung durch Vermeidung von „food deserts“,
also von Gebieten ohne Möglichkeit fußläufig frische Lebensmittel einzukaufen
20. Müllvermeidung durch Förderung regionaler und biologisch erzeugter Lebensmittel
21. Müllvermeidung durch Förderung des energiesparender und energieneutraler Verkehrsformen
wie etwa des Fußgänger- oder Radverkehrs sowie des Öffentlichen Verkehrs
22. Änderung der Wiener Garagenordnung:
ersatzlose Streichung der Verpflichtung zur Schaffung von Garagenplätzen im Falle der Schaffung von Wohnungen
23. Biotonnen sind vermehrt aufzustellen.
Zumindest für jede Hauseinheit ist eine bereitzustellen. Bei vermehrtem Bedarf, der etwa in Gartengebieten oder in Gebieten mit Baumbestand zu erwarten ist, sind vermehrt Biotonnen bereitzustellen.
24. Die Kunststoffsammlung hat vollständig zu erfolgen – etwa wie in Deutschland mit dem gelben Sack.
25. Glascontainer sind vermehrt aufzustellen.

III. ANTRÄGE

Aus all diesen Gründen stellt die Bürgerinitiative Flötzersteig die

ANTRÄGE

auf Berücksichtigung der Stellungnahme und
Umsetzung der Vorschläge und Forderungen.

Bürgerinitiative Flötzersteig